

ROALND RECK

Nichts zu verbergen

BIBERACH. Es gibt sie: „die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit“ (Ernst Bloch). Aber man könnte es auch weniger philosophisch einfach Zufall nennen, dass just dieser Tage im Biberacher Museum „Wasser“ das Thema einer Ausstellung ist und sich zeitgleich im Risstal eine Welle des Protestes aufbaut gegen das geplante Interkommunale Industriegebiet (IGI Risstal). Denn auch dort spielt das Wasser eine Hauptrolle. Und wo es um Wasser geht, ist viel Energie im Spiel. Es wird also spannend.

„Die katastrophalen Regenfälle am 29. Mai und 24. Juni 2016 trafen die Biberacher Stadtteile Bachlangen, Birkendorf, Mettenberg und Ringschnait besonders heftig“, schreibt Oberbürgermeister Norbert Zeidler in seiner Einladung zur Ausstellungseröffnung und erinnert an das ungeheuerliche Geschehen. „Mehr als 270 Privathäuser wurden zum Teil schwer überflutet. Auch kreisweit kam es zu Unwettern, die vor allem Baltringen, Maselheim und Ochsenhausen heimsuchten.“ Fast auf den Tag genau ein Jahr später öffnete das Museum seine Pforten, um den Besuchern zu zeigen, dass „die Ursachen der Katastrophe nicht nur mit dem Klimawandel, sondern noch stärker mit der Zersiedlung der Landschaft zusammenhängen“, so der OB.

Da ist sie wieder „die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit“, denn vor wenigen Tagen hat das Biberacher Stadtoberhaupt im gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft für die Änderung eines Flächennutzungsplans gestimmt, der eines unbestreitbar mit sich bringen wird: die „Zersiedlung der Landschaft“. Zweck der Abstimmung: Nördlich von Biberach, größtenteils auf der Gemarkung Warthausen im Risstal, wo sich bisher noch Fuchs und Hase tummeln, die Lerche trillert und der Storch spazieren geht, aber vor allem auch die Herrlishöfer und Barabeiner sich die Füße vertreten und sich vom alltäglichen Durchgangsverkehr erholen, soll ein 45 Hektar großes interkommunales Industriegebiet entstehen: das IGI Risstal. Außer der Kreisstadt und Warthausen sind noch die Gemeinden Schemmerhofen und Maselheim mit im Boot, das „Zweckverband IGI Risstal“ getauft wurde.

Und nicht zu vergessen: Handtmann, das Biberacher Familien- und Vorzeigeunternehmen, ist der Anstoß der Überlegungen und Planungen. Denn ohne konkreten Bedarf gibt es vielleicht Pläne, aber keine Genehmigung. Der Global-Player möchte in der Nähe seiner Wiege seine Produktion erweitern. Am Stammsitz in Biberach, in direkter Nachbarschaft zu Liebherr, gibt's aber keinen Quadratmeter mehr. Da traf es sich gut, dass der „Rappenhof“ im Risstal, dort wo die Bürgermeister das IGI gerne sähen, zum Verkauf anstand. Handtmann ließ sich nicht lange bitten und kaufte bereits im September 2014 die 15 Hektar mitsamt Hofstelle, abgesegnet vom Landwirtschaftsamt, das die Bauern gleich außen vor ließ, indem es die gesetzlich vorgeschriebene Stellungnahme des Berufsverbandes, also des

halle vor, den Deal mit Handtmann hinter dem Rücken der angrenzenden Bauern eingefädelt zu haben, um Tatsachen zu schaffen. Der Bürgermeister schweigt hartnäckig zu dem Vorwurf und verschanzt sich hinter den Formalien, die das Verfahren vorschreibe. Und tatsächlich ist der eingeleitete Prozess vielschichtig und komplex und sieht bis zum Ende mehrfache Anhörungen und Bürgerbeteiligungen vor. Demokratie ist ein



Protest an idyllischem Ort (oben) und vorgetragen von Annika Maier, der 2. Vorsitzenden der Bürgerinitiative, bei der Einwohnerversammlung in Warthausen (unten). Bürgermeister Wolfgang Jautz (im Hintergrund) muss sich dabei die Frage gefallen lassen: „Für wessen Interessen setzen Sie sich ein?“

Bauernverbandes, erst gar nicht einholte. Ein reiner Formfehler, der nichts zu bedeuten habe, erklärt der Erste Landesbeamte Walter Holderried auf Nachfrage. Das sei „heilbar“, meint, an der Entscheidung sei nicht zu rütteln.

In Warthausen und insbesondere in Herrlishöfen und Barabein, den beiden direkt betroffenen Ortsteilen, glaubt man indes nicht an einen Zufall. Zumindest diejenigen nicht, die sich gegen das Projekt sträuben. Und das sind nicht wenige, wie eine Bürgerversammlung mit 400 Anwesenden zeigte. Und auch der Biobauer und grüne Stadt- und Kreisrat Josef Weber ist sich sicher: „So viele Zufälle gibt es nicht.“ Und um die Bedeutung von Grund und Boden für die Landwirtschaft zu verdeutlichen, betont Weber, dass er den „Rappenhof“ sofort gekauft hätte, wenn er davon gewusst hätte. Aber da hätte es auch noch andere ortsnähere Interessenten gegeben, Alfred Schlanser zum Beispiel. Der 68jährige Landwirt wirft Bürgermeister Wolfgang Jautz in der Warthausener Gemeinde-



schwieriges Geschäft – für alle Beteiligte. Noch befinden sich alle am Anfang des Weges, der wie folgt skizziert werden kann. Die genannten Gemeinden haben sich zum Zweckverband IGI Riss zusammengeschlossen, um gemeinsam und gleichberechtigt ein Industriegebiet ausweisen zu können. Dazu hat der Zweckverband das Memminger Ingenieurbüro Lars Consult beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Mit Hilfe dieses Gutachtens haben die Gemeinden ein so genanntes Zielabweichungsverfahren beim Regierungspräsidium in Tübingen initiiert. Das Regierungspräsidium muss nun prüfen, ob dem Anliegen



Blick ins überflutete Risttal nach Süden, links die Pappmüllfabrik Gerster, Biberach 4. Juni 1926



Die Memminger Straße ist mit einer braunen Brühe aus dem Hagenbücher Graben überflutet. Im Einzugsgebiet des Hagenbücher Grabens in Bergerhausen liegen heute Dränagen für die Landwirtschaft. Das Gebiet kann außergewöhnliche Wassermengen nicht mehr zurückhalten. Biberach 24. Juni 2016

Zwei Aufnahmen aus der Ausstellung „Wasser“ im Museum Biberach, die zeigen, dass Überschwemmungen im Risttal ein „altes Problem“ sind. Fotos: Reck

der Gemeinden entsprochen werden kann oder ob nicht von vornherein Gründe ausschließen, dass auf landwirtschaftlicher Fläche und wie in diesem Falle zu Teilen in einem Wasserschutzgebiet eine Industrieansiedlung möglich wird. Dies alles läuft noch als behördeninterne Prüfung, wengleich dazu schon externe Stellungnahmen eingeholt werden. Sollte diese Prüfung durch das Regierungspräsidium im Sinne des Zweckverbandes ausfallen, erst dann setzt der Prozess mit Erstellung eines konkreten Flächennutzungsplans und schließlich eines Bebauungsplans ein. Bei den weiteren kommunalpolitischen Etappen sind Öffentlichkeit und grundsätzliche Bürgerbeteiligung vorgeschrieben. Womit auch bei jeder

Etappe das Projekt scheitern kann. Doch darauf wollen die Kritiker nicht warten. Sie wollen das Projekt sofort stoppen, bevor es Fahrt aufnimmt. Dazu hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die sich mit viel Herzblut und Expertenwissen für den Erhalt ihres Risttals als Natur- und Erholungsraum einsetzt. „Nichts Neues“, raunt es in den Amtsstuben. Stimmt ja auch! Landauf, landab gibt es Protest und bilden sich Bürgerinitiativen, wenn Gewerbe- und Industriegebiete neu erschlossen werden sollen. Und neuerdings wenden sich dieselben, die erfolgreich gegen ein interkommunales Industriegebiet bei Bad Wurzach gekämpft haben, gegen Windräder bei Bad Waldsee. Es geht um das gute

Lebensgefühl vor der eigenen Haustüre (auch Heimat genannt), das mit Verve verteidigt wird, wenn man sich sonst schon mit Globalisierung und „alternativlosem“ Wachstum abfinden muss. Und natürlich ist es auch Ausdruck des Wohlstandes, „Nein!“ zu sagen. Arbeitsmangel gibt es nicht, wozu also immer mehr? Der Wohlstand bescherte den Menschen in Herrlishöfen und Barabein, am Zubringer zwischen B30 und den Biberacher Industriegiganten gelegen, nicht nur hübsche Eigenheime, sondern auch alltäglich 13.340 Fahrzeuge inklusive Schwerlastverkehr (3%), die sich im Stopp-und-Go-Tempo durch die kleinen Ortschaften zwingen. Hinzu kommen noch die ungezählten Hunderte,

die sich auf Schleichwegen durch Galmutshöfen und Oberhöfen drängeln. „Genug ist genug“, ist deshalb eine der vielen Parolen, die die Anwohner ihrem Bürgermeister bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor die Nase halten. Es sind dunkelgrüne Forderungen, die zurückreichen zu den „Grenzen des Wachstums“, 1972 vorgestellt von Wissenschaftlern des Club of Rome, die die Grünen 1983 in den Bundestag und Elmar Braun 1991 als ersten grünen Bürgermeister bundesweit ins Maselheimer Rathaus haben einziehen lassen.

Der Maselheimer Bürgermeister und seine Gemeinderäte haben wie auch die Räte in den übrigen Gemeinden geschlossen für die Bildung des Zweckverbandes IGI Risstal gestimmt. Das war die Initialzündung für den Protest, zu dem sich der grüne Bürgermeister aber nicht äußern mag, zumindest nicht gegenüber dem Journalisten, der wiederholt und vergeblich versuchte, mit dem Alt-Grünen ins Gespräch zu kommen. Überhaupt ist das so eine Sache mit der Transparenz, die selbstverständlich von allen Rathauschefs stets als oberstes Gebot genannt wird. So zuletzt auch vom Biberacher Baubürgermeister Christian Kuhlmann: „Wir haben nichts zu verbergen.“

Wenn immer es um das interkommunale Projekt geht, greifen die Rathauschefs auf das von ihnen in Auftrag gegebene Gutachten des Memminger Ingenieurbüros Lars Consult zurück. Klar, darin werden viele Gründe genannt, warum der Standort im nördlichen Risstal, der einzig sinnvolle ist. Zum Beispiel die günstige verkehrstechnische Anbindung an die B30 und theoretisch auch an die Bahnverbindung Ulm – Biberach. Das ist gewiss ein einleuchtendes Argument, doch die Erfahrung lässt wenig Hoffnung zu, dass die Bahn dem Wunsch nach Bahnanschluss folgt. Egal, es geht zunächst darum, dass dieses Gutachten nicht öffentlich ist und es den Gemeinderatsmitgliedern nicht ausgehändigt wurde, es kann lediglich auf Wunsch eingesehen werden, was in den meisten Fällen wohl nicht geschehen ist. Nicht umsonst zeigten sich Bürger in Warthausen empört darüber, dass ihre politischen Vertreter im Gemeinderat völlig ahnungslos erschienen – und trotzdem für das Projekt stimmten. So wächst Misstrauen. Erst recht, wenn man dann das Dokument endlich in Händen hält, das auf Januar 2017 datiert ist, und man auf Seite 51 (von 72) unter dem Punkt 5.4.2 „Lage in Überschwemmungsbereichen“ exakt neun Zeilen findet, in denen mit keinem Wort auf die verheerenden Überschwemmungen im Sommer 2016 eingegangen und stattdessen völlige Entwarnung bezüglich der Hochwassergefahr gegeben wird. Worauf sich selbstverständlich auch die Bürgermeister berufen und dazu Folien zeigen, die unzutreffend sind, weil sie nur den harmlosen Teil der Wirklichkeit wiedergeben. Das kritisiert die Bürgerinitiative: „Die Beurteilung von Lars Consult, dass keine der Potentialflächen innerhalb der Hochwasserflächen liegt, ist für das geplante Industriegebiet Risstal nur mangelhaft recherchiert und führt zu einer falschen und vielleicht folgenschweren Einschätzung der Hochwassergefahrenlage.“ Und mit Verweis auf die jüngste Vergangenheit und eigener Anschauung heißt es weiter: „Die Hochwassersituationen hervorgerufen durch die Starkregen im Mai und

Juni 2016“ habe auf der projektierten Fläche (IGI Risstal) zur Folge gehabt, dass „ein Zugang oder eine Bearbeitung der Felder wochenlang nur mit erheblichen Einschränkungen beziehungsweise gar nicht möglich war.“

Das ist schon Geschichte, weil vor einem Jahr geschehen. Die Ausstellung zum Wasser im Biberacher Museum greift viel weiter zurück und

zeigt eindrucksvoll, dass Biberach und das Risstal schon immer hochwassergefährdet war, aber der Mensch, verführt durch den technischen Fortschritt, hat mit seinen Eingriffen in die Natur die Situation meist verschärft. Weniger ist manchmal mehr. Deshalb: Jeder, der sich zum IGI Risstal äußert, sollte sich „Wasser“ anschauen. Da ist viel Energie drin.

Müssen die Zukunft sichern

BIBERACH. Handtmann ist neben Liebherr und Boehringler eines der drei großen Unternehmen in Biberach, die für die Erfolgsgeschichte im Risstal stehen. Als Familienunternehmen prägen Liebherr und Handtmann die Nachkriegsgeschichte in Oberschwaben und gelten nach wie vor als Garanten für den Wohlstand in der Region. Doch nun steht Handtmann in der Kritik wegen seiner Expansionspläne im nördlichen Risstal, wo es bereits im September 2014 den so genannten „Rappenhof“ mit samt 15 Hektar landwirtschaftlicher Fläche erworben hat. Die Fläche soll nun Teil eines Interkommunalen Industriegebiets werden, das von einem Zweckverband der Stadt Biberach und den Gemeinden Warthausen, Schemmerhofen und Maselheim angestrebt wird. Dagegen formiert sich Widerstand in der Gemeinde Warthausen. BLIX erkundigte sich bei dem Unternehmen über seine Pläne und was es zu der Kritik zu sagen hat.



Der Blick von Herrlishöfen auf das Risstal und den einstigen „Rappenhof“, wo das Industriegebiet entstehen soll. Die Anwohner wissen, dass das Risstal bei Überschwemmungen „vollläuft wie eine Badewanne.“

Wie kam der Kauf des Rappenhofs zustande, von wem wurde er vermittelt?

Erstmalig wurde uns der Rappenhof 2008 vom Eigentümer angeboten. Ein Kauf kam damals nicht zustande, aber wir blieben in Kontakt. In den Jahren vor 2014 kamen dann drei Entwicklungen zusammen: Erstens hatte Handtmann ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Zweitens stellte sich beim Industriegebiet am Flughafen Biberach heraus, dass keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen würden. Und drittens äußerte die Gemeinde Warthausen die Absicht, auf ihrer Gemarkung den Bau eines Industriegebiets prüfen zu wollen. Daraufhin nahmen wir wieder Kontakt auf und kauften schließlich das Grundstück. Sollte kein Industriegebiet entstehen, hat Handtmann die Möglichkeit, das Grundstück zum Kaufpreis an die Gemeinde Warthausen zurückzugeben.

Was soll auf dem Standort Rappenhof bzw. im geplanten IGI Rißtal zukünftig realisiert werden? Geht es um eine Erweiterung oder nur um eine Verlagerung von Kapazitäten?

Aktuell benötigt die Albert Handtmann Metallgusswerk GmbH & Co. KG Erweiterungsflächen. Das Un-

ternehmen bewirbt sich derzeit beispielsweise um einen Auftrag für die Fertigung von Batteriegehäusen für Elektroautos. Die Teile decken einen Großteil des Fahrzeugbodens ab und sind daher so groß, dass der Platz in der Arthur-Handtmann-Straße nicht vorhanden ist. Es geht also in erster Linie um eine Erweiterung der Produktionsfläche – wenn möglich im Rißtal oder an einem anderen Standort in der Region. Ansonsten erfolgt diese notgedrungen an einem der weiteren europäischen Unternehmensstandorte von Handtmann. Entsprechende Flächen sind an unseren Standorten in Annaberg (Sachsen) und Košice (Slowakei) vorhanden.

Generell werden Aufträge im Automobilbereich kurzfristig und mit einer vorgegebenen Laufzeit vergeben. Ein neuer Auftrag wird dabei zuerst von der bestehenden Belegschaft bearbeitet. Ob die Personalplanung in der Folge angepasst werden muss, hängt von der Anzahl und dem Volumen neuer Aufträge und auslaufenden Aufträge ab.

Wie groß ist der aktuelle Flächenbedarf des Unternehmens im vorgesehenen IGI Rißtal?

Wir gehen von zehn bis 15 Hektar innerhalb der nächsten fünf Jahre aus.

➤ Fortsetzung auf Seite 10

Wie viele Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen aktuell am Standort Biberach?

Die Handtmann Unternehmensgruppe beschäftigt am Standort Biberach ca. 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Werden im Zuge der Betriebserweiterung auch neue Arbeitsplätze entstehen? Wenn ja, wie viele sind geplant?

Das ist im Moment nicht abzusehen. Generell werden Aufträge im Automobilbereich kurzfristig und mit einer vorgegebenen Laufzeit vergeben. Ein neuer Auftrag wird dabei zuerst von der bestehenden Belegschaft bearbeitet. Ob die Personalplanung in der Folge angepasst werden muss, hängt von der Anzahl und dem Volumen neuer Aufträge und auslaufenden Aufträge ab.

Im Kreis Biberach herrscht Vollbeschäftigung, wie soll ggf. der zusätzliche Arbeitskräftebedarf gedeckt werden? Welche Berufe und Qualifikationen werden gebraucht werden?

Wir dürfen nicht nur die Situation sehen, wie sie

IGI Rißtal hat im Vorfeld mehrere Standorte für das neue interkommunale Industriegebiet anhand objektiver Kriterien geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass nur der jetzt gewählte Standort realisierbar ist. Konkret prüfen wir Alternativen an unseren Standorten in Annaberg (Sachsen) und Košice (Slowakei), aber auch darüber hinaus.

Für das vorgesehene Industriegebiet wird die direkte Nachbarschaft zur Bahnverbindung Biberach - Ulm als Argument angeführt. Ist dieses Argument auch für das Unternehmen bedeutsam? Gibt es an den bisherigen Standorten in Biberach Bahnhaltepunkte, die zur An- und Ablieferung oder für den Personenverkehr benutzt werden? Wenn nein, warum nicht?

Für uns steht klar der Personenverkehr im Vordergrund. Am Standort Arthur-Handtmann-Straße gibt es mit Biberach Süd einen Bahnhaltepunkt, der von zahlreichen Mitarbeitern genutzt wird. Eine An- und Ablieferung findet dort nicht statt, weil uns dort keine Fläche für einen Güterbahnhof oder ein zusätzliches Gleis zur Verfügung steht.

Be, an dem wir neue und zukunftssichernde Aufträge wirtschaftlich bearbeiten können. Wo und wie dieser Standort realisiert werden kann – das prüfen und entscheiden in einer Demokratie die gewählten Volksvertreter und zuständigen Behörden. Wir vertrauen auf den politischen Prozess und werden das Ergebnis akzeptieren, wie auch immer dieses ausfällt.

In der Einwohnerversammlung wurde der Vorwurf erhoben, dass das Unternehmen Handtmann den Rappenhof nur auf Drängen der Kommunen gekauft habe. Trifft dieser Vorwurf zu?

Nein, wir sind ein Industrieunternehmen, das seine Entscheidungen selbst trifft. Wir haben beim Rappenhof die langfristige Perspektive und die wirtschaftlichen Möglichkeiten gesehen und genutzt.

In welcher Weise wird sich das Unternehmen in den weiteren Prozess einbringen, insbesondere in der Auseinandersetzung mit den Kritikern?

Wenn eine oder mehrere Gemeinden ein Industriegebiet ausweisen wollen, gibt es in unserer Demokratie dafür einen festgelegten Prozess. Wir haben unseren Bedarf und unsere Wünsche angemeldet und werden die Entscheidung akzeptieren. Bei einem Neubau würde sich Handtmann selbstverständlich an die bestehenden Richtlinien und Vorschriften halten. Zudem würde der Einsatz umweltfreundlicher Maßnahmen, beispielsweise von Solaranlagen oder Elektrofahrzeugen, geprüft. Als Familienunternehmen trägt Handtmann Verantwortung für Mitarbeiter, die wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Umwelt. Ziel ist es, allen Ansprüchen bestmöglich gerecht zu werden und aber auch für den Fortbestand des Unternehmens zu sorgen.

Aus den Reihen der kritischen Bürger werden „Grenzen des Wachstums“ gefordert. Ganz im Gegensatz zu den Flächenbedarfsplänen Ihres Unternehmens, die Bürgermeister Jautz in den Bürgergesprächen mit zusätzlichen 100.000 Quadratmetern für die nächsten 30 Jahre bezifferte. Ist die genannte Forderung nach „Grenzen des Wachstums“ aus Sicht des Unternehmens überhaupt sinnvoll und gibt es Unternehmenskonzepte, die dieser Forderung entsprechen und entgegenkommen? Und wie sehen diese ggf. aus?

Wachstum um des Wachstums Willen ist nicht unser Ziel. Vielmehr wollen wir den Bestand des Unternehmens und damit auch möglichst vieler Arbeitsplätze sichern. Dafür müssen wir uns als Wirtschaftsunternehmen an die Entwicklungen unserer Märkte anpassen und uns entsprechend verändern. In diesem Fall benötigen wir mehr Fläche, weil wir größere Bauteile bearbeiten wollen. Wir haben im Vorfeld bereits Konzepte zur Verdichtung in der Arthur-Handtmann-Straße entwickelt und umgesetzt. Damit sind wir jetzt an eine Grenze gestoßen, an der eine weitere Verdichtung nicht mehr sinnvoll möglich ist. Nach unseren Analysen ist eine Flächenerweiterung notwendig, wenn wir uns um zukunftsweisende Aufträge für die Elektroautomobilindustrie bewerben wollen. An dem Standort, an dem die neue Fläche für zukünftige Aufträge entsteht, werden auch die Menschen sein, die diese Aufträge bearbeiten.



Das nördliche Ristal von oben. Die rot markierte Fläche zeigt, wo das Industriegebiet vorgesehen ist. Links begrenzt durch die Bahnlinie, rechts durch die L267, die von Biberach zur B30 führt.

heute ist, sondern müssen für die Zukunft neue Aufträge sichern und so für Arbeit in unseren Werken sorgen. Ansonsten würde ein schleichender, anhaltender Abbau von Arbeitsplätzen stattfinden – auch in Biberach. Nur wenn wir frühzeitig durch neue Aufträge Ersatz schaffen, können wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter beschäftigen. Sollte zusätzlicher Bedarf entstehen, wären aufgrund der Veränderungen in der Automobilindustrie zusätzliche Stellen für qualifizierte Arbeitnehmer wie Digitalisierungs- und Automatisierungsspezialisten möglich.

Was spricht aus Sicht des Unternehmens für den Standort Rappenhof und welche Alternative gäbe es, wenn das IGI Rißtal nicht realisierbar wäre?

Aufgrund der Verbundenheit zur Region bevorzugt Handtmann eine Fläche in der Nähe von Biberach. Der Standort bei Herrlishöfen bietet einige Vorteile, wie etwa die verkehrsgünstige Lage an der B30 oder die Möglichkeit, eine Bahnhaltestelle zu errichten. Zudem liegt das Gebiet in der Nähe unseres Hauptstandortes, so dass wir bestehende Infrastruktur mitnutzen können. Der Zweckverband

Jedoch verfolgt die Bundesregierung das Ziel, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dieses Ziel beziehen wir selbstverständlich in unsere Überlegungen mit ein. Zudem wäre aufgrund der Teilegröße ein Bahntransport bisher nicht rentabel gewesen. Sollte ein Auftrag für größere Bauteile für Elektroautos kommen, kann sich dies ändern.

Vor Ort in der Gemeinde Warthausen formiert sich bürgerlicher Widerstand gegen das IGI im Rißtal. Ihr Unternehmen steht dabei trotz gutem Image besonders in der Kritik, da Sie mit dem Kauf des Rappenhofs den Standort für das IGI Rißtal befördern hätten. Wie geht das Unternehmen mit der Kritik und den Kritikern um. Welche Antworten gibt es?

Der Standort für das IGI Rißtal wurde anhand von objektiven Kriterien durch die beteiligten Gemeinden festgelegt. Die Eigentumsverhältnisse des Rappenhofes haben nach unserem Kenntnisstand nicht zu den Bewertungskriterien gezählt. Wir würden es begrüßen, wenn sich ein passender Standort der Raumschaft in Biberach finden lie-